



PRESSEMITTEILUNG

BAG W-Bundestagung 2022: Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit konkretisieren und auf den Weg bringen

Berlin, 1. März 2022

Zwei Jahre Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, welche hohe Relevanz die Arbeit der Einrichtungen und Dienste der Wohnungsnotfallhilfe haben und wie dringend notwendig eine Nationale Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit für Deutschland ist. Die Hilfen im Wohnungsnotfall bieten als letztes Netz notwendige Unterstützung für wohnungslose Menschen.

Die Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), die vom 2. bis 4. März in Berlin in Form einer Hybridveranstaltung stattfindet, unterstreicht die Wichtigkeit einer funktionierenden Wohnungsnotfallhilfe. Unter dem Titel **(UN) BEDINGT SYSTEMRELEVANT - Gemeinsam gegen Existenznot und Wohnungslosigkeit** treffen sich knapp 1.000 Teilnehmende und Mitwirkende zum politischen und fachlichen Diskurs.

Ihre Teilnahme zugesagt haben unter anderem Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Katja Kipping, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin, sowie Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster.

Ziel ist es, tragfähige Szenarien für die postpandemische Zeit zu entwerfen zur Frage: Wie kann die langfristige Ausgestaltung und Absicherung der Dienste und Einrichtungen gelingen? Es ist dringend notwendig, sie für den Krisenfall und eine gesellschaftliche Normalität zu wappnen, in der bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird. Hierbei gilt es, die Lebensrealität der Menschen in Wohnungsnot angemessen zu berücksichtigen.

Susanne Hahmann, Vorsitzende der BAG W: „Die von der BAG W seit vielen Jahren vorgetragene Forderung nach einem Nationalen Aktionsplan ist vom Regierungsbündnis im neuen Koalitionsvertrag aufgegriffen worden. Wir haben uns darüber sehr gefreut und dies außerordentlich begrüßt. Doch jetzt ist zu klären, was sich die Bundesregierung darunter genau vorstellt, wie sie die Formulierungen mit Leben füllen will. Es müssen greifbare Maßnahmen benannt werden und es macht Sinn, an dieser Stelle auf die Erfahrungen der Wohnungslosenhilfe zurückzugreifen.“

Corona-Pandemie fordert wohnungslose Menschen und das Hilfesystem heraus

Mit der Corona-Krise hat sich die ohnehin prekäre Lebenslage wohnungsloser Menschen nochmals dramatisch verschlechtert. Der zweite Pandemie-Winter hat die Menschen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit ebenso wie die Mitarbeitenden des Hilfesystems erneut vor enorme Herausforderungen gestellt. Um ihre Angebote dennoch weitgehend

aufrechterhalten zu können, arbeiten die Dienste und Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe unter größten personellen und finanziellen Anstrengungen.

Laut einer Befragung, die die BAG W im vergangenen Herbst bei ihren Mitgliedern durchführte, haben knapp 20 Prozent der Hilfeangebote ihr Angebot einschränken müssen. Davon betroffen sind besonders die niedrighschwelligen Tagesaufenthalte (knapp 50 Prozent), aber auch Angebote der Kältenothilfe fahren nicht mit voller Last. 15 Prozent der Einrichtungen melden ein eingeschränktes Angebot.

Beratungsstellen versuchen, ihre Hilfe auch auf telefonischem Wege bzw. online anzubieten. Der Bedarf an diesen Leistungen steigt. An vielen Stellen wird improvisiert, um möglichst jeder und jedem ein sicheres Übernachtungsangebot machen zu können, auch wenn es an zusätzlichen Räumlichkeiten mangelt. Zwischen umfangreichen Infektionsschutzmaßnahmen und dem Bemühen, eine niedrighschwellige Versorgung der Hilfesuchenden zu gewährleisten, setzen sich die Mitarbeitenden selbst hohen Infektionsrisiken aus.

Wegen Behördenschließungen haben Betroffene Schwierigkeiten, ihren ALG II-Tagessatz zu erhalten oder dringend benötigte Ausweispapiere zu beantragen, die aber wiederum Voraussetzung zur Beantragung von Sozialleistungen sind. An dieser Stelle fangen die Dienste und Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfen in weiten Teilen auf, was Behörden nicht mehr leisten - weil diese für die wohnungslosen Menschen nicht direkt, sondern nur noch digital ansprechbar sind.

Die im Zuge der Pandemie zusätzlich entstehenden Kosten der Digitalisierung, der Testungen, der Schutz- und Hygienemaßnahmen sowie die fehlenden Einnahmen durch nicht belegbare Wohnplätze etc. muss das Hilfesystem durch Spendenmittel finanzieren oder gänzlich durch eigene Mittel. Bund, Länder, Kommunen, Kosten- und Leistungsträger beteiligen sich bisher nur etwa zu einem Drittel. Auch das ein Ergebnis der Befragung.

Viele wohnungslose Menschen, die ganz ohne Unterkunft auf der Straße oder in Sammelunterkünften leben, gehören zu einer gesundheitlich hoch belasteten Bevölkerungsgruppe, d.h. zur Corona-Risikogruppe. Ohne Schutz in den eigenen vier Wänden können sie weder soziale Kontakte reduzieren noch notwendige Hygienemaßnahmen einhalten. Um sich impfen zu lassen und über den Nachweis eines Boosters zu verfügen, benötigen sie niedrighschwellige Anlaufstellen.

Am wirkungsvollsten erwies sich bisher die Arbeit mobiler Impfteams, die die Menschen in Einrichtungen und auf öffentlichen Plätzen aufsuchen und die Impfungen ohne Terminvergabe und Wartezeiten (und ohne Vorlage von Ausweisdokumenten) vornehmen. Sowohl für Testungen als auch für Impfungen ist es erforderlich, entsprechende Angebote in den Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe sowie mobil machen zu können. Die Finanzierung dieser Angebote muss sichergestellt sein.

In der gegenwärtigen Krise ist es nicht verantwortbar, Zwangsräumungen von Wohnungen vorzunehmen. Mietschulden entstehen nicht erst durch den Verdienstaustausfall in der Corona-Krise. Menschen dürfen in dieser Situation nicht aus ihren Wohnungen geräumt und in Notunterkünfte eingewiesen werden, die schon jetzt überfordert sind und in denen eine Kontaktreduzierung nicht möglich ist.

Wohnungsnotfallhilfe als Teil der kritischen Infrastruktur

Spätestens angesichts der Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre ist es geboten, die Hilfen im Wohnungsnotfall explizit der systemrelevanten kritischen Infrastruktur zuzuordnen.

Eckpunkte eines Nationalen Aktionsplans

Wohnungen für Wohnungslose

Es müssen bezahlbarer Wohnraum geschaffen und zugleich Mechanismen entwickelt werden, um auch wohnungslosen Menschen den Zugang zur eigenen Wohnung zu ermöglichen, etwa durch eine Quote von Wohnungen, die explizit wohnungslosen Haushalten zur Verfügung stehen.

Es ist eine soziale Wohnungspolitik gefordert, die sich als Daseinsvorsorge begreift. Die 100.000 geplanten Sozialwohnungen pro Jahr können den Mangel an bezahlbaren Wohnungen nicht genügend ausgleichen. Wichtig ist eine dauerhafte Sozialbindung. Zusätzlich werden weitere 100.000 bezahlbare Wohnungen benötigt.

Werena Rosenke, Geschäftsführerin der BAG W: „Wohnraum kann auch durch die gezielte Akquirierung von Wohnungsbeständen bei privaten Vermietern und der Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Sogenannte Gewährleistungsverträge zwischen Kommunen und Vermietern und andere positive Anreize zur Vermietung an wohnungslose Haushalte sind bereits erfolgreich in der Praxis erprobt. Sie müssten aber flächendeckend umgesetzt werden.“

Eine weitere Möglichkeit, die die BAG W schon seit vielen Jahren fordert, ist, sogenannte Schlichtwohnungen und Notunterkünfte zu sanieren, in Sozialwohnungen umzuwandeln und wohnungslose Haushalte somit in den allgemeinen Sozialwohnungsbestand zu integrieren.

Zusätzliche Wohnungen für Wohnungslose lassen sich auch dadurch erschließen, dass die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft (KdU) bei wohnungslosen Haushalten deutlich überschritten werden können. Dies sollte bei dem im Koalitionsvertrag angesprochenen verbesserten gesetzlichen Rahmen für die Anwendung der kommunalen Angemessenheitsgrenzen berücksichtigt werden.“

Es braucht massive Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen. Gezielte Maßnahmen könnten durch entsprechende Förderprogramme des Bundes und der Bundesländer flankiert werden.

Prävention

Es müssen alle möglichen Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit ergriffen werden. Insbesondere in Zeiten fehlenden bezahlbaren Wohnraums sind Präventionsanstrengungen unverzichtbar: Wer in dieser Situation die Wohnung verliert, wird für lange Zeit ohne eigene Wohnung bleiben und die verlorene Wohnung wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch als bezahlbarer Wohnraum abzuschreiben sein.

Darum sind die Präventionsangebote finanziell auf sichere Beine zu stellen und langfristig zu gewährleisten. In jede Kommune und jeden Landkreis gehört eine Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungsverlusten. Der Aufbau effizienter Präventionsstrukturen sollte dringend durch entsprechende Förderprogramme des Bundes unterstützt werden.

Menschenwürdige Unterbringung

Wenn trotz aller Bemühungen ein Wohnungsverlust nicht verhindert werden kann, müssen in ausreichender Zahl menschenwürdige ordnungsrechtliche Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Unterbringung muss unabhängig von sozialhilferechtlichen Ansprüchen, Staatsangehörigkeit und aufenthaltsrechtlichem Status erfolgen. Es müssen außerdem Leitlinien (inklusive Prinzipien und Mindeststandards) entwickelt werden, die eine menschenwürdige und rechtssichere ordnungsrechtliche Unterbringung garantieren. Durch beratende Angebote muss eine zügige Vermittlung von der ordnungsrechtlichen Unterbringung in eine eigene Wohnung und/ oder zu weiterführenden Hilfen ermöglicht werden.

Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen

Es ist dringend notwendig, die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen sicherzustellen, zum Beispiel durch einen Fonds auf Bundesebene zur Finanzierung medizinischer Versorgungsprojekte und einen erneuten Erlass von Beitragsschulden in der Krankenversicherung (Beitragsschuldengesetz). Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist für alle Menschen zu sichern, egal, woher sie stammen.

Persönliche soziale Hilfen

Menschen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit brauchen soziale Hilfen - in einer individuell passenden Hilfeumgebung.

Die Ausstattung und Finanzierung niedrigschwelliger Versorgungsangebote sind grundlegend zu verbessern. Die Dienste und Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe müssen wirtschaftlich abgesichert sein. Bei Bedarf müssen für sie auch zusätzliche Mittel von Kommunen, Bundesländern und Bund unbürokratisch zur Verfügung stehen.

Werena Rosenke: „Es lassen sich darüber hinaus weitere Handlungsfelder benennen, die Teil einer Nationalen Strategie sein sollten. Wenn die Wohnungslosigkeit bis 2030 in unserem Land überwunden werden soll, drängt die Zeit. Bund, Länder und Kommunen müssen hier an einem Strang ziehen. Die Politik ist in der Lage, weitreichende Verbesserungen herbeizuführen – egal, ob wir über den Wohnungsneubau sprechen, die Neugestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen oder die Bereitstellung und langfristige Zusicherung finanzieller Mittel.“

Bei der konkreten Ausgestaltung der nächsten politischen Schritte bieten wir den Entscheidern unsere Expertise an. Wir wissen, was hilft und wirklich bei den Menschen ankommt. Dazu möchten wir ins Gespräch kommen!“

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Daniela Wegner, Fachreferentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, (030) 284 4537-22, Mobilnummer: 0151-16 70 03 03, E-Mail: danielawegner@bagw.de

Bundestagung 2022

der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.



(UN) BEDINGT SYSTEMRELEVANT

Gemeinsam gegen Existenznot
und Wohnungslosigkeit

2. bis 4. März 2022

am 2. - 3. März in Berlin als Präsenztagung und
im Livestream mit digitaler Beteiligung durch
Übertragung in den Konferenzraum

am 4. März als ausschließlich digitale Konferenz

Die Teilnahme am gesamten Tagungsablauf ist
gewährleistet.

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe e.V.**

Tagungsprogramm



(UN) BEDINGT SYSTEMRELEVANT

Gemeinsam gegen Existenznot und Wohnungslosigkeit

Die Corona-Pandemie hat die bestehenden sozialen Ungleichheiten weiter verschärft und verdeutlicht, wie Benachteiligungen miteinander verschränkt sind und die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe verhindert wird. Das gilt in besonderem Maße für die Menschen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Die Dienste und Einrichtungen im Wohnungsnotfall stellen als letztes Netz lebensnotwendige Hilfen zur Verfügung und sichern das Überleben. Die politische Anerkennung, dass ihre Hilfeangebote aufrechterhalten und geschützt werden müssen, blieb aber größtenteils aus.

Die Pandemiefolgen zeigen die dringende Notwendigkeit einer Nationalen Strategie zur Überwindung von Existenznot und Wohnungslosigkeit. In die gleiche Richtung weist die Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit auf supranationaler Ebene. Für die postpandemische Zeit ist entsprechend zu fragen, wie die langfristige Ausgestaltung und Absicherung der Dienste und Einrichtungen gelingen kann, um sie für den Krisenfall und eine gesellschaftliche Normalität zu wappnen, in der die Verknappung bezahlbaren Wohnraums voranschreitet. Hierbei gilt es, die Lebensrealität der Menschen in Wohnungsnot angemessen zu berücksichtigen und ihnen Gehör zu verschaffen.

Die BAG W-Bundestagung 2022 ist das Forum für den politischen und fachlichen Diskurs der Wohnungsnotfallhilfen. Mit den Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft kommen Menschen, die Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit selbst erfahren haben und die Vertreter:innen des Hilfesystems in den Dialog zum gesellschaftlichen Auftrag der Wohnungsnotfallhilfen und debattieren über deren Systemrelevanz. Leitthemen werden hierbei sein:



- Schaffung und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum
- Prävention von Wohnungsverlust
- Reform der ordnungsrechtlichen Unterbringung und Standardisierung der Notversorgungsangebote
- Grundlegende Verbesserung von Ausstattung und Finanzierung der niedrighschwelligen Versorgungsangebote
- Chancen und Risiken der Digitalisierung unter Gewährleistung der digitalen Teilhabe
- Ausbau menschenrechtlicher Standards durch erprobte Ansätze aus der Pandemie
- Auf- und Ausbau neuer sowie bestehender Kooperationen

Weiterhin werden zentrale Themen und Problemstellungen behandelt sowie innovative Ansätze und Methoden der Hilfen im Wohnungsnotfall vorgestellt. Gute Praxisbeispiele geben Anregungen und Hilfestellung für die Arbeit vor Ort.

Bei der organisatorischen Umsetzung gehen wir neue Wege. Die Tagung findet an zwei Tagen in hybrider Form statt, woran sich ein dritter digitaler Konferenzteil anschließt. Wir laden Sie herzlich ein, sich bei dieser neuen Form der Umsetzung an Austausch und Diskussion zu beteiligen.

*Werena Rosenke,
Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe e. V.*



VORPROGRAMM

Dienstag, 01. März 2022

Digitales Vorprogramm

16:30 - 18:00 Digitale Projektbesuche

Es besteht die Möglichkeit, mit den einzelnen Projekten in einen Austausch zu treten.

Eine Übersicht zu den einladenden Einrichtungen und Diensten wird ab 22. Dezember 2021 unter <https://www.bagw.de/de/veranstaltungen/bundestagungen/bundestagung-2022/uebersicht.html> veröffentlicht.

PROGRAMM

Tag 1 Mittwoch, 02. März 2022

09:00 - 12:00 Projektbesuche vor Ort in Berliner Diensten und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe

Eine Übersicht zu den einladenden Einrichtungen und Diensten wird ab 22. Dezember 2021 unter <https://www.bagw.de/de/veranstaltungen/bundestagungen/bundestagung-2022/uebersicht.html> veröffentlicht.

Präsenztagung und im Livestream mit digitaler Beteiligung durch Übertragung in den Konferenzraum

13:00 - 13:30 Eröffnung und Grußworte

Susanne **Hahmann**, Vorsitzende BAG W, Köln
 Klara **Geywitz**, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Berlin
 Katja **Kipping**, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin

13:30 - 15:00 Podiumsdiskussion

(UN) BEDINGT SYSTEMRELEVANT - Die Pandemie und ihre Folgen für die Wohnungsnotfallhilfe.

Es diskutieren: Bundesministerin Klara **Geywitz**, Senatorin Katja **Kipping**, Oberbürgermeister Markus **Lewe**, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster und Werena **Rosenke**, Geschäftsführerin, BAG W, Berlin

15:00 Kaffeepause

15:30 - 16:15 Vortrag

(UN) GLEICHHEIT – Grenzen der Teilhabe

Prof. Dr. Stephan **Lessenich**, Professur für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Direktor des dortigen Instituts für Sozialforschung (IfS), Frankfurt am Main

**16:15 - 17:45 Podiumsdiskussion****(UN) GESCHÜTZT – Strategien gegen Armut und Wohnungsnot – Nationaler Aktionsplan zur Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit**

Mit dem Vortragenden und der BAG W diskutieren:
Annika **Klose**, MdB, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales
Hagen **Reinhold**, MdB, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen für die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn**, MdB, Obmann der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Ausschuss Arbeit und Soziales

Jessica **Tatti**, MdB, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Moderation

Andreas **Ulrich**, Journalist, Berlin

18:15 - 19:45 Mitgliederversammlung der BAG W e.V.

20:00 Gemeinsames Abendessen der Tagungsteilnehmenden

Tag 2 Donnerstag, 03. März 2022**09:00 Vorträge****Wenn Wohnen immer teurer wird – wohnungspolitische Maßnahmen und wie sie wirken (könnten)**

Dr. Andrej **Holm**, Stadt- und Regionalsoziologe, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Arnt **von Bodelschwingh**, Geschäftsführer, Regio-Kontext GmbH, Berlin

10:00 Kaffeepause

10:15 Podiumsdiskussion

Mit den Vortragenden diskutieren:

Dr. Christian **Lieberknecht**, Geschäftsführer, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin

Lukas **Siebenkotten**, Präsident, Deutscher Mieterbund, Berlin

Dr. Kai **Warnecke**, Präsident, Haus und Grund Deutschland, Berlin

11:30 Imbiss

12:15 Vortrag**Hilfe nach den Paragraphen 67 ff. SGB XII als „Leithilfe“ – unverzichtbar!**

Prof. Dr. Falk **Roscher**, Rektor a. D., Hochschule Esslingen, Mitglied Fachausschuss Sozialrecht der BAG W



- 13:00 Podiumsdiskussion**
 Mit dem Vortragenden diskutieren:
 Michael **Braun**, Referat für Grundsatzangelegenheiten der Wohnungsnotfallhilfe, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin, Vorsitz Fachausschuss Sozialrecht der BAG W
 Dr. Kristin Klaudia **Kaufmann**, Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen, Landeshauptstadt Dresden
 Winfried **Uhrig**, Gründungsmitglied und langjähriger Vorstand Sozpädal e. V. Karlsruhe, Stutensee
- Moderation**
 Gabriele **Kraft**, Referentin Wohnungslosenhilfe, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg e. V., Stuttgart, Mitglied Fachausschuss Sozialrecht der BAG W
- 14:15 Verabschiedung**
 Hinweis auf Digitales Programm
- 14:30 Ende der Präsenztagung in Berlin
 Abreise der Teilnehmenden**
- Moderation**
 Sabine **Bösing**, stellvertretende Geschäftsführerin, BAG W, Berlin
 Joachim **Krauß**, Fachreferent, BAG W, Berlin

Tag 3 **Freitag, 04. März 2022**

Digitale Konferenz

- 09:00 Vortrag**
Vorstellung der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit
 André **Riemer**, Referent im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Berlin
- 09:30 - 11:30 Foren**
- 11:30 - 12:30 Pause**
- 12:30 - 14:00 Arbeitsgruppen**
- 14:00 - 14:30 Pause**
- 14:30 - 16:00 Arbeitsgruppen**
- 16:00 - 16:30 Ausklang und Verabschiedung
 Gemeinsam gegen Existenznot und Wohnungslosigkeit**
- 16:30 Ende der Bundestagung**

Notversorgung, aber nur mit Standards – Ordnungsrechtliche Unterkünfte und wie sie menschenrechtlich reformiert werden (müssen)

Die Zahl der Menschen in kommunalen Unterkünften steigt. Für viele Untergebrachte bedeutet dies ein Leben auf engem Raum, mit beschränkter Privatsphäre, unzureichendem Gewaltschutz und unter schlechten Bedingungen, nicht selten über Monate oder Jahre hinweg und ohne notwendige Hilfen oder Perspektiven. Die Beispiele von Hotelunterbringungen von akut Wohnungslosen während der Corona-Hochphase 2021 waren indes sehr erfolgreich. Das zeigt: Verbindliche Standards für die ordnungsrechtliche Unterbringung sind dringend erforderlich und möglich. Bereits 2013 hat die BAG W die Empfehlung „Integriertes Notversorgungskonzept: Ordnungsrechtliche Unterbringung und Notversorgung – Definitionen und Mindeststandards“ vorgelegt. Inzwischen gibt es auf Ebene der Bundesländer Anstrengungen, Mindeststandards für Notunterkünfte festzuschreiben. Wir wollen dies mit Verantwortlichen diskutieren.

Kurzvorträge und Diskussion

Qualitätsstandards in Unterkünften im Rahmen der Züge der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung in Berlin

Hannah **Kreinsen**, Referatsleiterin, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin

Empfehlungen zu Standards bei der ordnungsrechtlichen Unterbringung – die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen

Jürgen **Thomas**, Regierungsdirektor, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Düsseldorf

Lehren aus der Hamburger Coronaschutz Hotelunterbringung

Stephan **Nagel**, Referent, Diakonisches Werk Hamburg

Stellungnahme

Sebastian **Klöppel**, Referent für Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Köln

Moderation

Oliver **Klingelberg**, Leiter Sozialmanagement, BGW Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen mbH, Bielefeld, Mitglied Fachausschuss Wohnen und Projektgruppe Migration der BAG W

Dr. Gerd **Reifferscheid**, Abteilungsleiter Sucht- und Gesundheitshilfen, Katholischer Männerfürsorgeverein München e.V., Vorsitz AG SEW, stellvertretender Vorsitz BAG W



Situation auf der Straße vor und nach COVID-19 – eine Bestandsaufnahme

Die Corona-Pandemie hat gerade die Menschen, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, besonders hart getroffen. Trotz zusätzlich geschaffener Angebote in der Notunterbringung, konnten nicht alle obdachlosen Menschen entsprechend versorgt werden. Niedrigschwellige Versorgungsangebote mussten zur Umsetzung der Schutzmaßnahmen ihre Arbeitsweisen neu organisieren. Für einige Hilfesuchende bekamen die Hilfen neue Hürden, die sie kaum überwinden konnten. Wer bleibt draußen? Für wen sind selbst die niedrigschwelligen Angebote noch zu hochschwierig? Aus unterschiedlichen Perspektiven wollen wir diesen Fragestellungen nachgehen und über die sozialpolitischen Folgen diskutieren.

Kurzvorträge und Diskussion

Eine Bestandsaufnahme aus Sicht eines medizinischen Angebots

Dr. med. Maria **Goetzens**, Leiterin Elisabeth-Straßenambulanz, Caritasverband Frankfurt e.V., Frankfurt am Main, Vorsitz Fachausschuss Gesundheit, Mitglied Sprecherrat AG Med der BAG W

Eine Bestandsaufnahme aus Sicht der Straßensozialarbeit

Thomas **Braun**, Aufsuchende Soziale Arbeit, Haus der Diakonie, Saarbrücken

Eine Bestandsaufnahme aus Sicht eines Tagesaufenthaltes

Jan **Goering**, Geschäftsführer, SeWo e.V., Hannover

Eine Bestandsaufnahme aus Sicht einer Kommune

Miriam **Koch**, Amtsleiterin, Amt für Migration und Integration, Düsseldorf

Moderation

Andrea **Hniopek**, Referentin und stellvertretende Abteilungsleiterin Soziale Sicherung und Teilhabe, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination und Projektgruppe Migration der BAG W

Claudia **Merten**, Studierende Soziale Arbeit, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Containerprojekt für Frauen, Hamburg

Gemeinsam für eine verbesserte gesundheitliche Versorgung von wohnungslosen Menschen – Wohnungsnotfallhilfe im Dialog

Gesundheit ist ein Menschenrecht, das bedeutet, dass alle Menschen Zugang zu einer bedarfsgerechten medizinischen Vorsorge und Versorgung erhalten müssen. Menschen in Wohnungslosigkeit ist häufig dieser Zugang verwehrt. Zur Umsetzung dieses Menschenrechts bedarf es der Vernetzung mit unterschiedlichen Verbänden und Institutionen. Die COVID-19 Pandemie hat gezeigt, dass die Lebenswelt wohnungsloser Menschen häufig nur unzureichend berücksichtigt wird, gezielte Zusammenarbeit und Absprachen können hier zur Verbesserung der Situation beitragen. Die Möglichkeiten und Synergien, die sich durch die Zusammenarbeit der Wohnungsnotfallhilfe mit anderen Verbänden und Organisationen ergeben, sollen diskutiert und auf die Möglichkeiten der Umsetzung vor Ort überprüft werden.

Kurzvorträge und Diskussion

Die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. und ihre Kooperationspartner

Sabine **Bösing**, stellvertretende Geschäftsführerin, BAG W, Berlin

Zugang zur Gesundheitsvorsorge für Menschen in Wohnungsnot sichern

Stefan **Bräunling**, Leiter der Geschäftsstelle, Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, Berlin

Gesundheit von Wohnungslosen stärken – durch Kooperation und Netzwerkarbeit

Petra **Hofrichter**, Geschäftsführerin/Fachliche Leitung, Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V., Hamburg

Kooperation am Beispiel: Coronavirus-Erkrankung 2019 (COVID-19) im Kontext Wohnungslosigkeit

Navina **Sarma**, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Robert Koch-Institut, Berlin

Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten - braucht gemeinsame Anstrengungen

Dr. Johanna **Offe**, Referentin Grundsatz und Advocacy, Ärzte der Welt e.V., Berlin

Moderation

Svenja **Ketelsen**, Projektleitung, Frostschutzengel 2.0, Berlin

Christin **Recknagel**, Einrichtungsleiterin, Arztpraxis für Obdachlose, GEBEWopro GmbH, Berlin

**Forum IV****Die bundesweite Wohnungslosenstatistik –
Umsetzung, Erfahrungen, Feedback**

Am 31. Januar 2022 wird das Statistische Bundesamt (Destatis) erstmals die Erhebung zur bundesweiten Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen durchführen. Da zum Zeitpunkt dieses Forums voraussichtlich noch keine finalen Ergebnisse vorliegen werden, möchten wir den Raum an dieser Stelle für eine Reflexion der Umsetzung nutzen: Wie erfolgten die Erhebungen vor Ort? Welche Herausforderungen traten dabei auf? Was sollte sich in den Folgerhebungen der kommenden Jahre ändern?

Kurzvorträge und Diskussion**Aktueller Stand der Umsetzung der Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen**

Tobias **Hees**, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Statistisches Bundesamt, Bonn

Erfahrung mit der Erfassung bei einem freien Träger

Dirk **Redemann**, Sachgebietsleitung Betreutes Wohnen, Diakonie Düsseldorf, Mitglied Fachausschuss Dokumentation und Statistik der BAG W

„Wie lief das bei uns?“ - Erkenntnisse aus kommunaler Sicht

Jan **Gutjahr**, Abteilungsleiter Asyl und Wohnungswesen, Stadtverwaltung Pforzheim

Moderation

Christian **Jäger**, Geschäftsführer, ZBS Niedersachsen, Osnabrück

Paul **Neupert**, Fachreferent, BAG W, Berlin

9.30 - 11.30, 04.03.2022**Foren**

Alexa! Wie finde ich eine Wohnung? – Digitalisierung in der Wohnungsnotfallhilfe

Die Corona-Krise wirft ein Schlaglicht auf die Bedeutung der Digitalisierung sowohl bei der Ermöglichung als auch bei der Verhinderung gesellschaftlicher Teilhabe. Eine lange verzögerte Entwicklung nimmt Fahrt auf und verlangt digitale Infrastruktur und digitale Kompetenzen in vielen Bereichen. Für wohnungslose Menschen sind hierbei die Ressourcen besonders ungleich verteilt. Für die Wohnungsnotfallhilfen besteht somit die Herausforderung, Menschen in Wohnungsnot beim Zugang zu digitalen Strukturen zu unterstützen und die eigenen Angebote in den digitalen Raum zu erweitern. In diesem Forum wird darüber diskutiert, wie eine moderne Wohnungsnotfallhilfe aussehen kann bzw. muss, die diesen Aufgaben gerecht wird.

Kurzvorträge und Diskussion

Menschen in Wohnungsnotfällen: Digitale Bedarfe, Nutzen und Nutzung digitaler Technologien

Dr. Kai **Hauptprich**, stellvertretender Geschäftsführer, Vingstreff e.V., Köln

Digitalisierung: Was muss eine moderne Wohnungslosenhilfe leisten?

Susanne **Hahmann**, Vorsitzende der BAG W, Köln

Stellungnahme

Anna-Lena **Hosenfeld**, Geschäftsführerin der Initiative „Digital für alle“, DFA Digital für alle GmbH, Berlin
Philipp **Reinhard**, Experte in eigener Sache, Offenburg

Moderation

Stefan **Heinz**, Leitung Wohnungslosenhilfe, AGJ-Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach, Vorsitz Fachausschuss Dokumentation und Statistik der BAG W

Andrea **Knoke**, Regionalleitung, Bethel.regional, Bielefeld



Kooperationen zwischen Wohnungswirtschaft und den Wohnungsnotfallhilfen – Analyse, Beispiele und Visionen

Es wird immer schwieriger, wohnungslose Menschen mit eigenen Wohnungen zu versorgen. Umso wichtiger sind Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft vor Ort. Auch wenn es bereits einige Good-Practice-Beispiele gibt, bestand lange kein vollumfänglicher Einblick, wo und wie die Wohnungsnotfallhilfen mit Vermietenden zusammenarbeiten.

Im August 2021 hat die BAG W eine Online-Umfrage durchgeführt, um in Erfahrung zu bringen, wo und unter welchen Bedingungen lokale Kooperationen zur Vermittlung in Wohnraum oder zum Erhalt der Wohnung bestehen, wie sie funktionieren und wie wirksam sie sind. 490 Einrichtungen haben geantwortet. Im Rahmen dieses Forums werden die Ergebnisse dieser Befragung vorgestellt und mit Vertreter:innen der Wohnungswirtschaft und der Wohnungsnotfallhilfen bestehende und zukünftige Kooperationsformen diskutiert.

Kurzvortrag

Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und den Hilfen im Wohnungsnotfall – Ergebnisse einer Online-Erhebung der BAG W

Werena **Rosenke**, Geschäftsführerin, BAG W, Berlin

Stellungnahmen der Wohnungswirtschaft

Dr. Oliver **Gewand**, Referatseiter Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Raumordnung, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin

Alexander **Wiech**, Mitglied der Bundesgeschäftsführung, Haus & Grund Deutschland, Berlin

Stellungnahmen der Wohnungsnotfallhilfen

Bettina **Schelkle**, Leiterin Sozialberatungsdienst, Ev. Diakoniestiftung Herford

Björn **Steinbrecher**, Abteilungsleiter Wohn- und Beschäftigungsprojekte, Vorwerker Diakonie gGmbH, Lübeck

Moderation

Doreen **Petri**, Geschäftsführerin, Neue Wohnraumhilfe gGmbH, Darmstadt, Vorsitz Fachausschuss Wohnen der BAG W

Daniela **Wegner**, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, BAG W, Berlin

(Un)Leistbar? Kommunale Strategien im Umgang mit Unionsbürger:innen

Die prekäre Lebenssituation von Unionsbürger:innen ist eine weiterhin drängende Aufgabe in den Diensten der Wohnungsnotfallhilfe. Insbesondere mit der EU-Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien wurde die Klage laut, den von dieser Zuwanderung betroffenen Städten fehle es an Handlungs- und Entscheidungsraum, um angemessen darauf zu reagieren. Inzwischen lassen sich in den Großstädten durchaus kommunale Handlungsstrategien erkennen, die an einer Verbesserung der Lebenssituation orientiert sind.

Vorgestellt und diskutiert werden die kommunalen Handlungsmöglichkeiten und wie erfolgreiche Praxis in diesem Bereich aussehen kann.

Kurzvorträge und Diskussion

Dortmunder Wohnungszugangsstrategie

Christiane **Certa**, Leiterin Strategische Sozialplanung, Stadt Dortmund

Das Beispiel München

Gerhard **Mayer**, Amtsleiter, Amt für Wohnen und Migration, Sozialreferat Landeshauptstadt München

Moderation

Natalia **Bugaj-Wolfram**, Referentin für Migrationssozialarbeit, Abteilung Migration und Internationale Kooperation, Der Paritätische Gesamtverband, Berlin

Joachim **Krauß**, Fachreferent, BAG W, Berlin



Familien im Wohnungsnotfall - Bedarf, Rechtsdurchsetzung und Schnittstellen

Im Dokumentationssystem zur Wohnungslosigkeit (DzW) wird seit Jahren ein kontinuierlicher Anstieg von Paaren mit minderjährigen Kindern oder Alleinerziehenden, zumeist Frauen, beobachtet. Dies deckt sich mit den zunehmenden Rückmeldungen von Mitarbeitenden des freiverbandlichen Hilfesystems, dass immer mehr Haushalte mit minderjährigen Kindern in ihren Einrichtungen und Diensten Hilfe suchen. Die Arbeit mit Familien stellt die Hilfen vor neue Herausforderungen: Inwieweit wird die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. SGB XII Familien gewährt? Wie gestaltet sich die Schnittstelle zur Kinder- und Jugendhilfe? Welche Angebote werden benötigt? Wie werden Angebote speziell für die Familien aus EU-Ländern organisiert?

Kurzvorträge und Diskussion

Familienunterstützende Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. SGB XII in Wohnungsnotfällen

Michael **Braun**, Referat für Grundsatzangelegenheiten der Wohnungsnotfallhilfe, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin, Vorsitz Fachausschuss Sozialrecht der BAG W

Familien in Wohnungsnot an der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe

Daniela **Keeß**, Referatsleiterin Familien und besondere Lebenslagen, Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main, Vorsitz Projektgruppe Migration der BAG W, stellvertretende Vorsitzende der BAG W

Das System Familie in seiner Komplexität verstehen

Veronika **Haslinger**, Gruppenleiterin der Sozialarbeiter, Sozialamt Neukölln – Soziale Wohnhilfe, Berlin

Erfahrungen und Erkenntnisse des Modellprojektes Brückenschlag Hilfen gemäß §§ 67ff. für Familien

Bernd **Mühlbrecht**, Projektkoordinator

Tamara **Kräwer**, Sozialarbeiterin

Nico **Honermann**, Sozialarbeiter

alle Projekt „Brückenschlag“, Bischof-Hermann-Stiftung, Münster

Moderation

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Susanne **Gerull**, Alice Salomon Hochschule, Berlin

Annika **Maretzki**, Referentin der Geschäftsführung, BAG W, Berlin

Gewaltschutz für Frauen in einer Wohnungsnotfallsituation Hand in Hand - Umsetzung der Istanbul-Konvention auf allen Ebenen

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention - IK) hat sich Deutschland 2018 verpflichtet, wirksam zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Unterstützung der betroffenen Frauen beizutragen. Gewaltbetroffene Frauen in einem Wohnungsnotfall wurden bisher eher unzureichend berücksichtigt. Die Empfehlung der BAG W zum Gewaltschutz für Frauen und Kinder in einem Wohnungsnotfall soll die besonderen Bedarfe von wohnungslosen Frauen verdeutlichen und dazu beitragen, dass sie bei der Umsetzung der IK berücksichtigt werden. Wie gewaltbetroffenen Frauen in einem Wohnungsnotfall effektiv Schutz und Unterstützung gewährleistet werden kann, wird aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und diskutiert.

Kurzvorträge und Diskussion

Gewaltschutz für Frauen in einer Wohnungsnotfallsituation

Lissi **Hohnerlein**, Bereichsleiterin Frauen/geschäftsführende Vorständin, Sozpädal e.V., Karlsruhe, Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination der BAG W
Isabel **Schmidhuber**, Bereichsleiterin, Evangelisches Hilfswerk München, Vorsitz Fachausschuss Frauenkoordination der BAG W

Wir können alles - auch Istanbul-Konvention umsetzen? Beispiel Baden-Württemberg

Julia **Schlembach**, Referate Wohnungslosenhilfe und Schuldnerberatung, Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V., Karlsruhe

Umsetzung der Istanbul-Konvention Hand in Hand mit der Frauenhauskoordination

Heike **Herold**, Geschäftsführerin, Frauenhauskoordination e.V., Berlin

Umsetzung der Istanbul-Konvention für die kommunale Praxis - Handreichung des Deutschen Städtetages

Tanja **Demmel**, Referentin, Deutscher Städtetag, Berlin/Köln

Moderation

Lissi **Hohnerlein**
Isabel **Schmidhuber**



Forum X

„Gemeinsam mehr erreichen“: Vernetzte Zusammenarbeit SGB II / SGB XII zur sozialen Teilhabe und Arbeitsmarktintegration

Der Fachausschuss Arbeit und Qualifizierung der BAG W hat die Arbeitshilfe „Gemeinsam mehr erreichen“ erstellt. Die Arbeitshilfe beinhaltet Empfehlungen zur vernetzten Zusammenarbeit der Rechtskreise SGB II/SGB XII zur sozialen Teilhabe und Arbeitsmarktintegration von Menschen in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten und richtet sich an die Mitarbeitenden in den Jobcentern und in den Hilfen für Wohnungsnotfälle. Neben der Arbeitshilfe sollen im Forum Lösungsmöglichkeiten, die sich in der Praxis bei Jobcentern und/oder Optionskommunen bereits bewährt haben, vorgestellt und diskutiert werden.

Kurzvorträge und Diskussion
Vorstellung der BAG W-Empfehlung „Gemeinsam mehr erreichen“

Margarete **July**, Abteilungsleiterin Wohnraumversorgung, Amt für Wohnungswesen Stadt Köln, Vorsitz Fachausschuss Arbeit und Qualifizierung und Mitglied der Projektgruppe Migration der BAG W

Vorstellung von guter Praxis aus Düsseldorf

Jürgen **Plitt**, Geschäftsbereichsleiter, Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH, Mitglied Fachausschuss Arbeit und Qualifizierung der BAG W
 Christian **Wiglow**, Geschäftsführer, Jobcenter Düsseldorf

Stellungnahme

N.N., Bundesagentur für Arbeit

Moderation

Alexander **Schuchmann**, Gesamtleiter Lkrs. München, Katholischer Männerfürsorgeverein München e.V., Oberschleißheim

Martin **Kositza**, Fachreferent, BAG W, Berlin

9.30 - 11.30, 04.03.2022

Foren

Gelebtes Wissen und gelebte Erfahrungen – Partizipation in der Wohnungsnotfallhilfe

In den vergangenen Jahren haben sich die Möglichkeiten zur Partizipation von wohnungslosen und ehemals wohnungslosen Menschen in den Einrichtungen und dem Hilfesystem der Wohnungsnotfallhilfe erweitert und verbessert. Damit ist eine Entwicklung in Gang gesetzt, die für die einzelnen Hilfebereiche verschiedene Formen der Partizipation ermöglicht und erforderlich macht. Anhand von zwei Beispielen wird aufgezeigt, wie sich Partizipation realisieren lässt. Damit wollen wir zur Diskussion anregen, wie es gelingen kann, die Expertise wohnungsloser und ehemals wohnungsloser Menschen in die Weiterentwicklung des Hilfesystems gleichberechtigt einfließen zu lassen.

Kurzvorträge und Austausch

„Wieviel Partizipation darf es denn sein?“ - Beteiligung im ambulanten und stationären Bereich

Nicole **Frölich**, Bereichsleiterin Wohnungsnotfallhilfe, Diakonisches Werk Darmstadt – Dieburg, Darmstadt

Gelebtes Wissen und gelebte Erfahrungen – Einsatz von Peers in der Wohnungslosenhilfe

Barbara **Berner**, Leiterin neunerhaus Peer Campus, neunerhaus, Wien

Burkhard **Weißl**, Peer-Mitarbeiter, neunerhaus Peer Campus, neunerhaus, Wien

Stellungnahme

Ulrich **Wallheim**, Erster Vorsitzender Dorfrat Herzogsägmühle, Peiting, Mitglied Sprecherrat FAG Partizipation der BAG W

Helmut **Eder**, Zweiter Vorsitzender Dorfrat Herzogsägmühle, Peiting

Moderation

Dirk **Dymarski**, Selbstvertretung Wohnungsloser Menschen e.V., Mitglied FAG Partizipation der BAG W, Freistatt

Lea **Schwab**, Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Wi-
chernheim, Heidelberg, Mitglied Sprecherrat FAG
Partizipation der BAG W



Forum XII

Förderprogramme der Bundesländer - Landesprogramme zur Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit

In einigen Bundesländern gibt es Landes- bzw. Aktionsprogramme zur Förderung von Kommunen sowie privaten und freigemeinnützigen Trägern bei der Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Diese Programme ermöglichen auch die Initiierung neuer Hilfeansätze. Nach einer Vorstellung der Programme aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, werden diese in der AG nach ihrer Ausrichtung und Wirksamkeit vergleichend betrachtet. Mit Verantwortlichen diskutieren wir, ob diese Landesprogramme Vorbilder für andere Bundesländer sein können.

Kurzvorträge und Diskussion

„Endlich ein ZUHAUSE!“ - Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen

Petra **Wessels-Schwerfeld**, Regierungsrätin, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Düsseldorf

Stefan **Schrooten**, Amtsrat, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Düsseldorf

Das Programm gegen Wohnungslosigkeit in Schleswig-Holstein

Reiner **Braungard**, Freiberufliche Wohnungsnotfallhilfen, Kiel

Dr. Maik **Krüger**, Referatsleiter Wohnraumförderung/Wohngeld, Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel

Der Aktionsplan „Hilfe bei Obdachlosigkeit“ und die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern

Michaela **Seybold**, Referentin, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, München

Verena **Zillig**, Geschäftsführerin, Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern, Augsburg

Moderation

Dr. Eckart **Güldenber**g, Stiftungsratsmitglied der Stiftung EIN ZUHAUSE, Hannover

Heidi **Ott**, Diakonisches Werk Bayern e.V., Nürnberg, Mitglied Fachausschuss Wohnen der BAG W

9.30 - 11.30, 04.03.2022

Foren

11:30 - 12:30 Pause



12:30 - 14:00 **Arbeitsgruppen**

A1

„Stay at (Your) home!“ Prävention von Wohnungsverlusten in Zeiten von Corona und darüber hinaus

Wie funktioniert Prävention von Wohnungsverlusten erfolgreich? Welche Erfahrungen wurden im Hilfesystem in Zeiten von Corona und Lockdown gemacht und welche Lehren für die präventive Arbeit in postpandemischen Zeiten können daraus gezogen werden? Wie kann die Präventionsarbeit dauerhaft gesichert werden?

Diese Fragen wollen wir im Anschluss an die Vorstellung der Arbeit in einer kommunalen Fachstelle sowie anhand der aufsuchenden Arbeit bei drohendem Wohnungsverlust diskutieren.

Kurzvorträge und Diskussion

Wohnungsverluste verhindern! Über die Arbeit der kommunalen Fachstelle in Siegen

Simon **Vogel**, Mitarbeiter bei der Fachstelle für Wohnungsnotfälle, Stadt Siegen

Aufsuchende Arbeit bei drohendem Wohnungsverlust

Muzaffer **Arslan**, Sozialarbeiter, Mobile Mietenhilfe Bethel.regional, Bielefeld

Moderation

Heidi **Ott**, Diakonisches Werk Bayern e.V., Nürnberg, Mitglied Fachausschuss Wohnen der BAG W

Leonhard **Wohlfahrt**, Sozialarbeiter, Mobile Mietenhilfe/soziale Wohnraumagentur Bethel.regional, Bielefeld

AG A 12.30 - 14.00, 04.03.2022



Wohnungslos trotz Lohnarbeit – Working Poor: Lebenslagen von erwerbstätigen Menschen in Wohnungsnot

Durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors leben immer mehr Menschen trotz regulärer Lohnarbeit in Armut. Prekäre Arbeitsverhältnisse in verschiedensten Berufszweigen führen dazu, dass die dort Beschäftigten die Kosten für ihre Mieten nicht mehr aufbringen können. Auch die Daten des BAG W-Statistikberichts für das Jahr 2019 zeigen eine stetige Zunahme erwerbstätiger Klient:innen. Ein Großteil dieser erwerbstätigen Klient:innen ist im ersten Arbeitsmarkt aktiv und hat dennoch keine eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung. Zeichnet sich hierin etwa die Herausbildung einer „neuen Form“ der Working Poor – die Working Very Poor oder Working Homeless in Deutschland ab? Anhand der allgemeinen Arbeitsmarktdaten für den Niedriglohnbereich und den jüngsten Ergebnissen des BAG W-Statistikberichts werden die Entwicklungen aufgezeigt und u.a. auch diese Frage diskutiert.

Kurzvorträge und Diskussion

Arm trotz Arbeit – Zahlen und Entwicklungen zu Working Poor in Deutschland

Dr. Kerstin **Bruckmeier**, Leiterin der Forschungsgruppe „Grundsicherungsbezug und Arbeitsmarkt“, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg

Wohnungslos trotz Arbeit – Daten aus dem aktuellen Statistikbericht der BAG W

Sarah **Lotties**, Fachreferentin, BAG W, Berlin

Stellungnahme aus der Praxis

Frank **Kruse**, Bereichsleiter, Bethel im Norden, Freistatt, Mitglied Fachausschuss Arbeit und Qualifizierung und Sprecherrat FAG Partizipation der BAG W

Moderation

Andrea **Knoke**, Regionalleitung, Bethel.regional, Bielefeld

Sarah **Lotties**



A3

AGA 12.30 - 14.00, 04.03.2022

Nicht in Konkurrenz: Gute Praxis von Bundesteilhabegesetz (BTHG) und den Hilfen nach den Paragraphen 67 ff. SGB XII

Mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes kam es unter den Akteur:innen der Wohnungsnotfallhilfen zu Unsicherheiten darüber, ob bei der Versorgung von Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten Rückschritte drohen könnten. Die BAG W gibt mit ihrer Empfehlung zum Verhältnis der Leistungen der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nach SGB IX zu den Leistungen der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gem. §§ 67 ff. SGB XII Orientierung und Handlungshinweise, damit in der Praxis Menschen mit Bedarf an Rehabilitations- und Teilhabeleistungen in der Wohnungsnotfallhilfe eine adäquate Versorgung erfahren. Neben der Vorstellung dieser Empfehlung führt ein Blick in die Praxis zur gemeinsamen Diskussion.

Kurzvorträge und Diskussion

Zum Verhältnis der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gem. §§ 67 ff. SGB XII und den Leistungen der Eingliederungshilfe gem. SGB IX.

Michael **Braun**, Referat für Grundsatzangelegenheiten der Wohnungsnotfallhilfe, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin, Vorsitz Fachausschuss Sozialrecht der BAG W

Ausgegrenzt wegen Hilfebedürftigkeit – Was tun?

Winfried **Uhrig**, Gründungsmitglied und langjähriger Vorstand Sozpädal e.V. Karlsruhe, Stutensee

Stellungnahme überörtlicher Träger der Sozialhilfe

Gabriele **Zumbrink**, Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), Münster

Moderation

Ursula **Büchenschütz**, Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination und Fachausschuss Sozialrecht der BAG W, Barntrup

Martin **Kositza**, Fachreferent, BAG W, Berlin



Mission Impossible? Spagat zwischen bezahlbarem Wohnen und Klimaschutz.

Klimaschutz und die Wohnungsversorgung sind zentrale politische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei stehen sich beide Themen in einem Punkt scheinbar entgegen – bei der Finanzierung. Klimaschutzauflagen verteuern den Neubau, Modernisierungskosten die Bestandsmieten. Die Wohnkostenbelastungen werden weiter steigen. Droht nun Armen ein neuer kalter Substandard mit überproportional hohen Heizkosten? Wird warmes Wohnen zum Luxus? Und werden Klimapräventions-Wohnungsnotfälle eine neue Gefahr?

Hier wollen wir mit Expert:innen das Spannungsfeld Klimawandel vs. Wohnraumversorgung aufzeigen und debattieren, wie ein leistbarer und gerechter Umbau der Wohnungsbestände realisiert werden kann, welche neuen Aufgaben auf die Wohnungsnotfallhilfe zukommen und wie sie angegangen werden sollten.

Kurzvorträge und Diskussion

Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen

Irmela **Colaço**, Leiterin Energiesparen, Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND), Berlin

we made it possible: PassivhausSozialPlus

Michèle **Andiel**, Referentin der Geschäftsführung, Neue Wohnraumhilfe gGmbH, Darmstadt

Doreen **Petri**, Geschäftsführerin, Neue Wohnraumhilfe gGmbH, Darmstadt, Vorsitz Fachausschuss Wohnen der BAG W

Klimaschutz beim Wohnen unter Berücksichtigung von Mieter:innen-Interessen

Franz **Michel**, Referent Wohnungs- und Mietenpolitik, Deutscher Mieterbund, Berlin

Moderation

Jürgen **Evers**, ehem. Projektleiter u. wiss. Mitarbeiter der GISS – Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung, Lindow

Stefan **Kunz**, Fachreferent, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg im Breisgau, Mitglied Fachausschuss Sozialrecht und Vorstand der BAG W



A5

AG A 12.30 - 14.00, 04.03.2022

Kinderrechte umsetzen – Gute Praxis und bestehende Herausforderungen in den Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe

Die Zusammenarbeit mit Familien im Wohnungsnotfall bringt eine Vielzahl von Problemlagen mit sich, die besonderer Berücksichtigung bedürfen. Neben den Bedarfen der Erwachsenen sind die Rechte und der Schutz der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen und Diensten sowohl ein fachlicher als auch gesetzlicher Auftrag. Die Ausgestaltung der Angebote für Familien in der Wohnungsnotfallhilfe und die Schnittstelle zu den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe sollen hier beleuchtet werden. Der Umgang mit Kindeswohlgefährdung ist dabei genauso relevant wie die konkrete Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung.

Kurzvorträge und Diskussion

Kooperation mit der Jugendhilfe - am Beispiel des Familienhauses in Potsdam

Birgit **Hollmann**, Leiterin Familienhaus, AWO Bezirksverband Potsdam e.V.

Stärkung von Kindern in Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe

Martina **Hoppen-Rascher**, Betriebsstättenleiterin Frauenwohnheim, IB West gGmbH, Köln

Moderation

Lissi **Hohnerlein**, Bereichsleiterin Frauen/geschäftsführende Vorständin, Sozpädal e.V., Karlsruhe, Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination der BAG W
Isabel **Schmidhuber**, Bereichsleiterin, Evangelisches Hilfswerk München, Vorsitz Fachausschuss Frauenkoordination der BAG W



„Wir wollen einfach helfen“ - Ehrenamtliches Engagement in der Wohnungsnotfallhilfe

Während der Corona-Pandemie entstand eine Vielzahl ehrenamtlicher Initiativen zur Unterstützung von Menschen in Armut und Wohnungsnot. Dieses Engagement zeigt eine große Aufmerksamkeit sowie Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und erzeugte gleichfalls öffentliche Aufmerksamkeit. Das ist Anlass zu fragen, inwiefern ehrenamtliches Engagement während der Pandemie Lücken in der Wohnungsnotfallhilfe aufzeigte. In dieser AG berichten ehrenamtlich Tätige von ihren Ideen, Projekten und Motiven. Ziel der AG ist es, haupt- und ehrenamtlich Tätige in den Dialog darüber zu bringen, wie diese voneinander profitieren können, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, Menschen in Armut und Wohnungsnot zu unterstützen.

Kurzvorträge und Diskussion

Projektvorstellungen

Holger **Kirchhöfer**, Sozialarbeiter, Altstadt-Armensküche, Düsseldorf

Stefan **Schützler**, Sozialarbeiter, Berliner Obdachlosenhilfe e.V., Berlin

N.N., GmbH GoBanyo – Duschbus für Menschen auf der Straße, Hamburg

Moderation

Jan **Orlt**, Referent Wohnungsnotfallhilfe, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf, Vorstand der BAG W

Ina **Zimmermann**, Referentin für Armutsbekämpfung, Wohnungslosenhilfe und Soziale Dienste, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Berlin

Trans* und inter* Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe

Das häufig heteronormativ und geschlechtlich binär ausgerichtete Wohnungslosenhilfesystem (Frauen und Männer) ist für viele trans* und inter* Menschen bisher nicht oder nur schwer erreichbar. Mit der BAG W-„Empfehlung zur Ausgestaltung der Angebote für trans* und inter* Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe“ soll für die Bedarfe dieser Personengruppe sensibilisiert und sollen Impulse zur Auseinandersetzung mit gendersensiblen Angeboten gegeben und damit verbundene Handlungsansätze vorgestellt werden.

Expert:innen aus der Praxis berichten von ihren Projekten und stehen im Anschluss für eine Diskussion zu ihren Erfahrungen bereit: Wie kann ein diskriminierungsfreier Zugang für trans* und inter* Menschen in der Wohnungslosenhilfe gestaltet werden?

Kurzvorträge und Diskussion

Vorstellung der BAG W-„Empfehlung zur Ausgestaltung der Angebote für trans* und inter* Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe“

Andrea **Hniopek**, Referentin und stellvertretende Abteilungsleiterin Soziale Sicherung und Teilhabe, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination, Projektgruppe „trans* und inter* Menschen“ und Projektgruppe Migration der BAG W

Claudia **Merten**, Studierende Soziale Arbeit, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Containerprojekt für Frauen, Hamburg

Trans* und wohnungslos – Grenzen und Möglichkeiten der Versorgung in einem binär organisierten System – ein Modellprojekt aus Hamburg im Rahmen der Hilfen nach den §§ 67 ff. SGB XII

Jürgen **Erdboories**, Hilfen für Wohnungslose, Bodelschwingh-Haus, Hamburg

Christof **Sartor**, Hilfen für Wohnungslose, Bodelschwingh-Haus, Hamburg

Moderation

Andrea **Hniopek**

Claudia **Merten**



Dauerhaftes und sicheres Wohnen in Mietwohnungen für Menschen mit besonderen Hilfebedarfen (high need clients)

Wie kann eine Wohnungsversorgung von Menschen mit besonderen Hilfebedarfen sichergestellt werden? Einige Klient:innen bringen immer wieder das Hilfesystem an seine Grenzen. Sie befinden sich in besonders instabilen Lebenslagen, haben hohen Bedarf an Unterstützung, lehnen aber angebotene Hilfen ab, sodass sie immer wieder ihre Einrichtungen verlassen (müssen). Diese „Drehtürklient:innen“ brauchen auf sie zugeschnittene Unterstützungen, um ein menschenwürdiges Leben in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen.

Im Rahmen dieser AG soll erarbeitet werden, wie Angebote der Begleitung und Unterstützung auf diese Personengruppen zugeschnitten werden müssen, welches Vorgehen sich bewährt hat und was der Housing-First-Ansatz beisteuern kann. Der Fachausschuss Wohnen der BAG W erarbeitet zurzeit ein Positionspapier zu dieser Frage. In dieser AG werden erste Ergebnisse vorgestellt und diskutiert.

Werkstattgespräch zur fachlichen Empfehlung der BAG W

Vorstellung des Entwurfs

Stephan **Nagel**, Referent, Diakonisches Werk Hamburg, Mitglied Fachausschuss Wohnen der BAG W
Paul **Neupert**, Fachreferent, BAG W, Berlin

Moderation

Jörg **Mauter**, ehem. Koordination/Vorstand, Sozpäd. a. V., Karlsruhe

Bettina **Rudat**, stellv. Geschäftsbereichsleiterin Wohnungslosenhilfe, Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH, Mitglied Fachausschuss Wohnen der BAG W



A9

AG A 12.30 - 14.00, 04.03.2022

Versorgung abhängigkeitskranker Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation – Kooperation und Vernetzung von Wohnungsnotfallhilfe und Suchtkrankenhilfe

Deutschland verfügt über jeweils zwei ausdifferenzierte Versorgungssysteme für suchtkranke und für wohnungslose Menschen. Beide Systeme haben ihre Angebote und auch ihre Finanzierungsgrundlagen. Wir wissen, dass es eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen gibt, die sowohl von Wohnungslosigkeit betroffen sind als auch Suchtprobleme aufweisen. Gelingende Kooperation und Koordination zwischen Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe sind gefragt. Wie kann die Hilfe bedarfsgerecht erfolgen? Wie gestaltet sich die konkrete Zusammenarbeit zwischen den Hilfesystemen? Welche Zielgruppen bleiben unversorgt?

Kurzvorträge und Diskussion

Eckpunkte zur Kooperation und Vernetzung von Wohnungsnotfallhilfe und Suchthilfe

Dr. med. Maria **Goetzens**, Leiterin Elisabeth-Straßenambulanz, Caritasverband Frankfurt e.V., Frankfurt am Main, Vorsitz Fachausschuss Gesundheit, Mitglied Sprecherrat AG Med der BAG W

Kooperation und Vernetzung von Wohnungsnotfallhilfe und Suchthilfe aus Sicht der Suchthilfe

Charlotte **Höke**, Referentin für Projekte und Internationales, Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Hamm

Kooperation und Vernetzung von Wohnungsnotfallhilfe und Suchthilfe aus Sicht eines Leistungsträger

Andreas **Zimmermann**, Abteilungsleiter, Landschaftsverband Rheinland, Köln

Runder Tisch – gute Praxis zur Vernetzung und Kooperation beider Systeme

Dr. med. Jörg **Seiler**, Caritas Straßenambulanz Franz von Assisi, Nürnberg

Moderation

Daniela **Radlbeck**, Referentin Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik, Der Paritätische Berlin

Sabine **Bösing**, stellvertretende Geschäftsführerin, BAG W, Berlin



Ankerpunkte in der Elendsverwaltung: Niedrigschwellige Angebote für nichtanspruchs- berechtigte Unionsbürger:innen

Es sind vor allem auch Unionsbürger:innen, die seit über zehn Jahren das Bild der „Straßenobdachlosigkeit“ insbesondere in den deutschen Großstädten prägen. Diese Menschen sind nicht „nur“ ohne jede Unterkunft auf der Straße mit unzureichendem Zugang zu Hilfen in Wohnungsnotfällen, sondern sie erfahren auch in den Bereichen Arbeit und Gesundheit erhebliche Ausgrenzungen. Somit bleiben häufig nur die niedrigschwelligen Angebote, um der Verelendung entgegenzuwirken. Anhand von drei lokalen Beispielen aus der Arbeit mit nichtanspruchsberechtigten Unionsbürger:innen werden Erfahrungen und Unterstützungsansätze vorgestellt und diskutiert.

Kurzvorträge und Diskussion

Unterbringung von nicht anspruchsberechtigten Unionsbürger:innen in Düsseldorf

Jürgen **Plitt**, Geschäftsbereichsleiter, Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH, Mitglied Fachausschuss Arbeit und Qualifizierung der BAG W

Beratung und Begleitung bei den Themen Arbeit und Beschäftigung in München

Ercan **Öksüz**, Migrationsberater, Beratungsdienste der AWO München gGmbH/Infozentrum Migration und Arbeit, München

Überleben auf der Straße: Notversorgung am „Petershof“ in Duisburg-Marxloh

Sandra **Hankewitsch**, Leiterin Obdachlosenarbeit, Georgswerk e.V., Duisburg

Moderation

Dr. Margaret **Brugman**, Fachbereichsleiterin Migration, AWO Bremerhaven

Joachim **Krauß**, Fachreferent, BAG W, Berlin



A11

AG A 12.30 - 14.00, 04.03.2022

Geflüchtet und dann in Wohnungsnot: Wohnraumversorgung und menschenwürdige Standards in Gemeinschaftsunterkünften

Die Zahl Geflüchteter, die trotz Aufenthaltstitel ihren Rechtsanspruch auf eigenen Wohnraum nicht umsetzen können, ist kaum ermittelbar. Gleichzeitig sind sie, wie geflüchtete Menschen insgesamt, bisher keine relevante Zielgruppe in den Wohnungsnotfallhilfen. Aufgrund der langen Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften kommt es unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu einer Verstärkung inadäquater Wohn- und Lebensverhältnisse, die dem individuellen Schutzbedürfnis und der Integration zuwiderlaufen. In dieser Arbeitsgruppe diskutieren wir anhand von Praxisbeispielen kommunale Strategien für den Übergang in mietvertraglich abgesicherten Wohnraum und über Mindeststandards der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

Kurzvorträge und Diskussion

Das Beispiel München

Carola **Bamberg**, kommissarische Fachbereichsleiterin, Sozialreferat

Gregor **Brecht**, Fachplanung akute Wohnungslosigkeit, Sozialreferat, Abteilung Wohnungslosenhilfe und Prävention

Sebastian **Stiedl**, Leiter Kommunale Flüchtlingsunterbringung, Sozialreferat, Abteilung Wohnungslosenhilfe und Prävention

alle Amt für Wohnen und Migration Landeshauptstadt München

Das Beispiel Leverkusen

Rita **Schillings**, Flüchtlingsrat Leverkusen

Das Beispiel Münster

Svenja **Haidar**, Koordinatorin, Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“, Sozialamt der Stadt Münster

Florian **Stritzke**, Fachstellenleiter, Fachstelle Wohnraumsicherung, Sozialamt der Stadt Münster

Moderation

Gregor **Brecht**

Daniela **Keeß**, Referatsleiterin Familien und besondere Lebenslagen, Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main, Vorsitz Projektgruppe Migration der BAG W, stellvertretende Vorsitzende der BAG W

14:00 - 14:30 Pause



14:30 - 16:00 **Arbeitsgruppen**

B1

Zahlen, Daten, Fakten über die Gesundheit wohnungsloser Menschen – aktuelle Forschungsprojekte stellen sich vor

Die gesundheitliche Lage von Menschen in Wohnungslosigkeit ist bisher nur unzureichend beleuchtet. Der Bedarf an interdisziplinärer Zusammenarbeit von Praxis, Wissenschaft und Forschung ist wünschenswert, um den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung zu fördern und bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen. In der Arbeitsgruppe werden aktuelle Erhebungen und Projekte vorgestellt, Herausforderungen skizziert und Konsequenzen für die Versorgung von Menschen in Wohnungslosigkeit erläutert.

Kurzvorträge und Diskussion

Neue Wege in der Gesundheitsversorgung wohnungsloser Menschen

Dr. Gerd **Reifferscheid**, Abteilungsleiter Sucht- und Gesundheitshilfen, Katholischer Männerfürsorgeverein München e.V., Vorsitz AG SEW, stellvertretender Vorsitz BAG W

Gesundheit Wohnungsloser in Berlin

Dr. Daniel **Schindel**, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Charité – Universitätsmedizin Berlin, Institut für medizinische Soziologie, Berlin

POINT-Studie - Prävalenz von sexuell und durch Blut übertragene Infektionen & Tuberkulose unter wohnungslosen Menschen

Dr. med. Caoimhe **Cawley**, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Robert Koch-Institut, Berlin

Dr. med. Gyde **Steffen**, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Robert-Koch-Institut, Berlin

Psychische und somatischen Gesundheit wohnungsloser Menschen in Deutschland: Ergebnisse der NAPSHI Studie

Franziska **Bertram**, wissenschaftliche Mitarbeiterin/Ärztin, Universitätsklinikum Eppendorf, Hamburg

Moderation

Dr. med. Maria **Goetzens**, Leiterin Elisabeth-Strößenambulanz, Caritasverband Frankfurt e.V., Frankfurt am Main, Vorsitz Fachausschuss Gesundheit, Mitglied Sprecherrat AG Med der BAG W

Sabine **Bösing**, stellvertretende Geschäftsführerin, BAG W, Berlin



B2

AG B 14.30 - 16.00, 04.03.2022

Ordnungsrecht im Praxistest

Im Grunde kann als einer der ersten Lehrsätze in der Wohnungsnotfallhilfe gelten: Kommunen haben gegenüber Personen, die (unfreiwillig) ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, eine Unterbringungsverpflichtung, unabhängig von deren sozial- und aufenthaltsrechtlichen Status. Die Praxis gestaltet sich weiterhin oft anders und die Mitarbeitenden in der Wohnungsnotfallhilfe sind regelmäßig mit Fragen zur Durchsetzung der ordnungsrechtlichen Unterbringungsverpflichtung konfrontiert. Anhand des Themas ist die Notwendigkeit zum vernetzten und kooperierenden Arbeiten gut darstellbar. Im moderierten Austausch steht Karl-Heinz Ruder nach einer Einführung in das Thema zur Diskussion von aktuellen Praxisfragen zur Verfügung.

Kurzvortrag und Diskussion

Arbeitshilfen zum Obdachlosenpolizeirecht

Karl-Heinz **Ruder**, Rechtsanwalt, Stadtrechtsdirektor i.R., Emmendingen

Moderation

Stefanie **Kabisch**, Einrichtungsleitung, Kath. Männerfürsorgeverein München e.V., Mitglied Fachausschuss Wohnen und Projektgruppe Migration der BAG W

Gabriele **Kraft**, Referentin Wohnungslosenhilfe, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg e. V., Stuttgart, Mitglied Fachausschuss Sozialrecht der BAG W



Notfallunterbringung von akut wohnungslosen Frauen mit und ohne Kind

Die Unterbringung von akut wohnungslosen Frauen mit und ohne Kinder erfordert entsprechende Standards, Schutzräume und Vernetzung. Der evangelische Fachverband Wohnungslosenhilfe der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe stellt hierzu die Ergebnisse einer Befragung der Fachkonferenz Frauen zum Zugang zu Notunterkünften und die Unterbringung akut wohnungsloser Mütter mit Kindern sowie die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe vor. Die gelebte Praxis wird am Beispiel der Einrichtung Ariadne – Notaufnahme für Frauen, einer 24/7-Notaufnahme für Frauen mit und ohne Kind der Diakonie Düsseldorf deutlich. Aus Berlin wird das Konzept einer 24/7-Einrichtung für Frauen vorgestellt.

Kurzvorträge und Diskussion

Notfallunterbringung von akut wohnungslosen Müttern mit Kindern - eine Bestandsaufnahme aus NRW

Stefanie **Volkenandt**, Abteilungsleiterin, Abt. Beratung und soziale Integration, Diakonie Düsseldorf

Die "Kleine Ariadne" - Mutter-Kind Wohnung für wohnungslose Mütter

Eileen **Mokaied**, Leiterin der Ariadne – Notaufnahme für Frauen, Düsseldorf

Neue Wege in der Notunterbringung für Frauen in Berlin

Nadin **Beuthin**, Projektleiterin, Stiftung zur Förderung sozialer Dienste (FSD-Stiftung), Berlin

Moderation

Lissi **Hohnerlein**, Bereichsleiterin Frauen/geschäftsführende Vorständin, Sozpädal e.V., Karlsruhe, Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination der BAG W

Sabine **Sell**, Fachplanung der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, Fachbereich Soziales Region Hannover, Mitglied Fachausschuss Frauenkoordination und Fachausschuss Persönliche Hilfen, soziale Dienste und Sozialraumorientierung der BAG W



Nahtlose Hilfen für junge Erwachsene – Auswirkungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) auf die Wohnungsnotfallhilfe

Am 09.06.2021 trat das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) in Kraft. Aus dem Blickwinkel der Wohnungsnotfallhilfe sind insbesondere die Veränderungen im Bereich der Hilfen für junge Volljährige von großer Bedeutung. Daher werden in der AG die wesentlichsten Neuerungen vorgestellt und die möglichen bzw. wünschenswerten Auswirkungen beleuchtet. Wie eine gute Praxis an der Schnittstelle Jugendhilfe/Sozialamt konkret aussehen könnte, soll anhand eines Careleaver-Projekts und bestehenden rechtskreisübergreifenden Angeboten verdeutlicht werden. Anschließend soll die Sichtweise von Careleaver einbezogen werden und ein Austausch zum Thema stattfinden: Welche Chancen bietet das KJSG und wie kann die Schnittstelle im Sinne der jungen Erwachsenen gut und sinnvoll gestaltet werden?

Kurzvorträge und Diskussion

Vorstellung der Neuerungen durch das Kinder-Jugend-Stärkungsgesetz

Michael **Braun**, Referat für Grundsatzangelegenheiten der Wohnungsnotfallhilfe, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin, Vorsitz Fachausschusses Sozialrecht der BAG W

Crossing Point – Gelingende Übergänge für Careleaver

Sonja **Hagenmayer**, Bereichsleiterin/Koordinatorin „junge Erwachsene“, Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

Stellungnahme

Kim **Stein**, Careleaver e.V., Kassel

Moderation

Daniela **Keeß**, Referatsleiterin Familien und besondere Lebenslagen, Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main, Vorsitz Projektgruppe Migration der BAG W, stellvertretende Vorsitzende der BAG W

Martin **Kositza**, Fachreferent, BAG W, Berlin



Neue Wege der Wohnraumakquise und -vermittlung

Wie können unter den schwierigen aktuellen Bedingungen Wohnungen für wohnungslose Menschen akquiriert und vermittelt werden? Sind die konventionellen Methoden noch ausreichend oder müssen neue Vorgehensweisen entwickelt und umgesetzt werden? Kooperationen sind notwendig, wie müssen sie ausgestaltet sein? Gelingt es Housing First-Projekten und ähnlichen Ansätzen Wohnungen bereitzustellen und was ist das Neue an dieser Akquise? In der Konsequenz, welche Fähigkeiten sind für Mitarbeitende einer modernen Wohnungslosenhilfe notwendig, um die anstehenden Aufgaben bei der Wohnraumakquise zu meistern?

Kurzvorträge und Diskussion

Projekt Berlin

Sebastian **Böwe**, Wohnungsscout/PR-Beauftragter, Neue Chance gGmbH/Housing First Berlin

Corinna **Müncho**, Projektleiterin, Neue Chance gGmbH und Berliner Stadtmission, Housing First Berlin

Projekt Darmstadt

Jana **König**, Bereichsleiterin, Neue Wohnraumhilfe gGmbH, Darmstadt

Leonore **Witt**, Team "Vitamin B", Neue Wohnraumhilfe gGmbH, Darmstadt

Projekt Duisburg

Birgit **Brunst-Pavlovic**, 100(8) Häuser, Diakoniewerk Duisburg GmbH, Duisburg

Jennifer **Paus**, 100(8) Häuser, Diakoniewerk Duisburg GmbH, Duisburg

Projekt Stuttgart

Peter **Schumacher**, Fachbereichsleiter Immobilien, Ambulante Hilfe e.V., Stuttgart

Moderation

Erik **Haß**, Soziale Wohnraumhilfe gGmbH, Hannover

Andreas **Sonnenberg**, Vorstand Werkheim e.V., Hannover, stellvertretender Vorsitz BAG W



B6

AG B 14.30 - 16.00, 04.03.2022

Ab sofort: Wir suchen Profis (m/w/d) – Fachkräftegewinnung und -entwicklung in der Wohnungsnotfallhilfe

Auch in der Wohnungsnotfallhilfe zeigt sich der allgemeine Fachkräftemangel, sodass die Suche nach geeigneten Fachkräften häufig mühsam ist. Mit der zunehmenden Verlagerung der Jobsuche und des Recruitments neuer Fachkräfte in den digitalen Raum ergeben sich zusätzlich neue Fragen und Herausforderungen. Daher wollen wir mit Expert:innen praktische Erfahrungen austauschen und gemeinsam Fragen zur Motivation, Qualifikation und Recruitment von Fachkräften diskutieren.

Stellungnahme und Diskussion

Anne **Feldkeller**, Recruiterin, Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH, Stabsstelle, Düsseldorf
Michael **Auer**, Leiter Personal- und Organisationsentwicklung, Katholischer Männerfürsorgeverein München e.V.

Moderation

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Susanne **Gerull**, Alice Salomon Hochschule, Berlin
Annika **Maretzki**, Referentin der Geschäftsführung, BAG W, Berlin



B7

AG B 14.30 - 16.00, 04.03.2022

Wohnungsnotfallhilfe 2.0 - Ein #Hilfefeld wird #digital! #ideen #konzepte #goodpractice

In dieser Arbeitsgruppe werden innovative Projekte vorgestellt, die zum Ziel haben, die digitale Partizipation wohnungsloser Menschen zu fördern und die Hilfen in Wohnungsnotfällen online verfügbar zu machen. Gemeinsam wollen wir unter anderem diskutieren, ob und wie die digitalen Angebote ausgebaut werden müssen, welche weiteren Angebote es (flächendeckend) braucht und wie diese zielgruppenorientiert realisiert werden können.

Kurzvorträge und Diskussion

Datencloud für wohnungslose Menschen

Robin **Haense**, Projektleiter, AGJ Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e.V. || REACT-EU Cloud für wohnungslose Menschen, Freiburg im Breisgau

Modellprojekt „Digitalisierung der Wohnungslosenhilfe im Oberbergischen Kreis“

Daniela **Olah**, Projektkoordinatorin Digitalisierung, Diakonie Michaelshoven e.V. Wohnhilfen Oberberg, Wipperfürth

Fabian **Endes**, Digitalisierungsbeauftragter, Diakonie Michaelshoven e.V. Wohnhilfen Oberberg, Waldbröl

Das Wo+Wie-Onlineportal der BAG W

Sarah **Lotties**, Fachreferentin, BAG W, Berlin

Moderation

Dr. Kai **Hauprich**, stellvertretender Geschäftsführer, Vingstreff e.V., Köln

Christian **Jäger**, Geschäftsführer, ZBS Niedersachsen, Osnabrück



B8

AG B 14.30 - 16.00, 04.03.2022

Neue Konzepte und Wege oder Lückenbüßer? EHAP-Projekte und ihre Verstetigung

Der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) ermöglicht die Entwicklung neuer Konzepte und ihre Umsetzung. Dadurch wurde es möglich, insbesondere Angebote für Menschen ohne Anspruchsberechtigung bereitzustellen. Im Jahr 2022 startet eine neue Förderperiode als EhAP Plus mit dem Titel „Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“. Nach einem Rückblick auf die dann beendete Förderphase und der Vorstellung des neuen Programmrahmens werden anhand von Umsetzungsbeispielen die Chancen und Notwendigkeiten für eine erfolgreiche und dauerhafte Projektumsetzung diskutiert.

Kurzvorträge und Diskussion

Allgemeine Einordnung des EHAP mit Blickrichtung auf eine Verstetigung erfolgreicher Projekte

Thomas **Becker**, Koordinator für die Umsetzung des EHAP, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bonn

Perspektiven finden! Wohnen und Leben in Fürth

Jochen **Sahr**, Integrationsbeauftragter Stadt Fürth

Auffallen – WABe Netzwerk Frauen & Wohnen

Anja **Esser**, Sozialarbeiterin, WABe e.V., Aachen

Susanne **Schulte**, Sozialarbeiterin, WABe e.V., Aachen

Moderation

Dr. Margaret **Brugman**, Fachbereichsleiterin Migration, AWO Bremerhaven

Joachim **Krauß**, Fachreferent, BAG W, Berlin



Wenn Wohnungsnotfallhilfen in den Sozialraum gehen

Sozialraumkonzepte werden in der Sozialen Arbeit breit rezipiert und diskutiert. Wie sehen praxistaugliche sozialräumliche Ansätze in der Wohnungsnotfallhilfe aus? Die einzelnen Hilfestrukturen und ihre Verortung im urbanen oder ländlichen Raum bringen unterschiedliche Voraussetzungen und Notwendigkeiten für sozialräumliches Arbeiten mit sich. Die Arbeitsgruppe diskutiert den Mehrwert sozialräumlichen Arbeitens für die Wohnungsnotfallhilfen. Welche Voraussetzung und Bedingungen müssen erfüllt sein, um erfolgreich in den unterschiedlichen Hilfebereichen sozialräumlich zu arbeiten? Wie ist der Stand der Umsetzung? Nach einer theoretischen Einführung geben Beispiele aus dem urbanen und dem ländlichen Raum Anregung für die gemeinsame Diskussion.

Kurzvorträge und Diskussion

Sozialraumorientierung und Wohnungsnotfallhilfen

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia **Steckelberg**, Hochschule Neubrandenburg

Wohnungslosenhilfe im städtischen Quartier

Brigitte **Bloschak**, Fachbereichsleiterin Wohnungslosenhilfe/Suchtberatung, Diakonisches Werk Mönchengladbach gGmbH

Sozialraumorientierung – Möglichkeiten und Chancen im ländlichen Raum

Michael **Schmid**, Teilbereichsleitung, Diakonie Herzogsägmühle, Peiting

John Edward **Schulz**, Teilbereichsleitung, Diakonie Herzogsägmühle, Peiting

Moderation

Dirk **Frede**, von Bodelschwingsche Stiftung Bethel, bethel.regional, Region Ruhr/Südwestfalen, Hagen, Vorsitz Fachausschuss Persönliche Hilfen, soziale Dienste und Sozialraumorientierung, Mitglied FAG Partizipation der BAG W

Jürgen **Schneider**, Armutnetzwerk e.V., Mitglied Fachausschuss Persönliche Hilfen, soziale Dienste und Sozialraumorientierung und FAG Partizipation der BAG W



B10

AG B 14.30 - 16.00, 04.03.2022

Thinking Outside the Box – Homelessness in the UK and New Perspectives on Health Care For People Experiencing Homelessness

It became tradition at the BuTa that we take a closer look at the general situation of homeless people in other countries. This time we like to present an insight view in the United Kingdom (UK), especially regarding the medical situation of homeless people. Therefore we are pleased that we have been able to win British experts. They will help to understand the current trends and challenges in the UK. What does British homelessness policy and the medical system look like? And how has the situation of non-British people changed after Brexit? In addition, the innovative "Pathway" approach to health care for homeless people will be presented and its transferability to the German assistance system will be discussed.

The inputs will be held in English. However, there will be the possibility to ask questions in German.

Inputs and Discussion

General Introduction to Homelessness in the UK: Stats, Challenges and Trends

Prof. Suzanne **Fitzpatrick**, Professor of Housing and Social Policy, Institute for Social Policy, Housing, Environment and Real Estate (I-SPHERE), Heriot-Watt University, Edinburgh

Health Care For People Experiencing Homelessness in the UK: The Pathway Approach

Alex **Bax**, Chief Executive, Pathway, London
Nigel **Hewett**, Medical Director, Pathway Charity, London

Statement

Carmen **Speck**, Physiotherapie MSc., Elisabeth-Strassenambulanz, Caritas Frankfurt e.V., Frankfurt am Main

Moderation

Carmen **Speck**



B11

Reagieren statt Ignorieren?! Wie geht man mit Anfeindungen und rassistischen Stereotypen um?

„Die leben in Hotels, und unsere Leute sterben auf der Straße“ – mit Parolen dieser Art wird gegen Unionsbürger:innen und Geflüchtete gehetzt, werden Vorurteile geschürt, Unwahrheiten verbreitet und Betroffenengruppen gegeneinander ausgespielt. Gleichzeitig spielen sich rechte und rechtsextreme Gruppen zunehmend als Anwälte der „guten deutschen“ Obdachlosen auf und attackieren das bestehende System der Wohnungslosenhilfe, weil sich dieses in ihren Augen um die Falschen kümmere. Rassistische und rechtsextreme Sprüche lösen oftmals Unsicherheiten über das „richtige“ Verhalten und die notwendigen Reaktionen aus. Wer ihnen wirksam begegnen will, sollte inhaltlich gewappnet sein, die Situation adäquat einschätzen können und sich seiner eigenen Möglichkeiten und Grenzen bewusst sein.

Diese Arbeitsgruppe umfasst ein Argumentationstraining. In diesem Rahmen wollen wir unter professioneller Anleitung inhaltliches und methodisches Handwerkszeug zum angemessenen Umgang mit fremdenfeindlichen und sozialdarwinistischen Parolen erarbeiten und dadurch die Verhaltenssicherheit der Teilnehmenden stärken.

Die AG ist auf 20 Teilnehmende begrenzt.

Workshopleitung

Anna **Müller**, Beraterin, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin

AG B 14.30 - 16.00, 04.03.2022

**16:00 - 16:30 Ausklang und Verabschiedung
Gemeinsam gegen Existenznot und Wohnungslosigkeit**

16:30 Ende der Bundestagung

Organisatorische Hinweise

Hinweise zur Umsetzung

Die Bundestagung findet am 2./3. März in Berlin als Präsenztagung und im Livestream mit digitaler Beteiligung durch Übertragung in den Konferenzraum statt. Am 4. März 2022 schließt sich der ausschließlich digitale Konferenzteil an. Die Veranstaltung wird in ihrer digitalen Form mit der Konferenzsoftware Zoom mit Unterstützung der Medienagentur EasyLivestream.de durchgeführt.

Markt der Möglichkeiten

Wir geben Ihnen auch dieses Mal wieder die Möglichkeit, die Tagungsteilnehmenden über Ihre Einrichtung, Arbeit, Projekte und Vorhaben im Rahmen eines Marktes der Möglichkeiten zu informieren. Sie können sich im Rahmen der **Präsenzveranstaltung** mit einem Informationsstand oder Aufsteller präsentieren sowie über einen **digitalen Markt der Möglichkeiten** auf der Tagungsplattform. Dort können Sie während der Pausenzeiten für einen digitalen Kontakt mit den Tagungsteilnehmenden zur Verfügung stehen und sich durch ein verlinktes Video oder eine verlinkte Präsentation mit Ihrer Arbeit vorstellen.

Bitte nehmen Sie in beiden Fällen bis zum **15. Februar 2022** mit uns Kontakt auf, damit wir klären können, wie viel Platz/Stellraum o. ä. Sie benötigen werden bzw. wie die digitale Umsetzung erfolgt. Für die Anmeldung und nähere Informationen wenden Sie sich bitte an Paul Neupert unter paulneupert@bagw.de.

Projektbesuche

Zur Bundestagung 2022 wird es ein spezielles Exkursionsangebot zu Einrichtungen und Diensten der Wohnungslosenhilfe in Berlin (Präsenzform) und bundesweit in digitaler Form geben. Informationen zu den einzelnen Projektbesuchen, die am Dienstag, dem 01. März 2022 in der Zeit von 16:30 bis 18:00 Uhr digital und am Mittwoch, dem 02. März 2022 in der Zeit 09:00 bis 12:00 Uhr vor Ort stattfinden, werden wir auf unserer Internetseite <https://www.bagw.de/de/veranstaltungen/bundestagungen/bundestagung-2022/uebersicht.html> bekanntgeben. Die Anmeldung erfolgt über die beteiligten Einrichtungen und Angebote.



ORGANISATORISCHES/ANMELDUNG

Veranstalterin

BAG Wohnungslosenhilfe e. V.

Waidmannsluster Damm 37, 13509 Berlin

Tel: (030) 2 84 45 37-0, E-Mail: info@bagw.de, Internet: www.bagw.de

Anmeldung

Das Tagungsprogramm und den Anmeldebogen finden Sie auf unserer Homepage unter <https://www.bagw.de/de/veranstaltungen/bundestagungen/bundestagung-2022/uebersicht.html>. Bitte melden Sie sich über das digital ausfüllbare PDF-Formular an, das Sie downloaden können. Das ausgefüllte Formular senden Sie an die Adresse info@bagw.de.

Aus technischen Gründen müssen **Mehrfachanmeldungen** auch über Einzelanmeldungen erfolgen. Achten Sie bitte auf die tagesgleiche Anmeldung. Im digitalen PDF-Anmeldebogen müssen Sie die Rechnungsadresse für alle Teilnehmenden Ihrer Mehrfachanmeldungen nur einmal beim ersten Ausfüllen angeben.

Anmeldeschluss ist der 20. Februar 2022.

Rechnung und Anmeldebestätigung

Die Rechnung, die zugleich Anmeldebestätigung ist, wird an die angegebene Rechnungsadresse gesandt.

Tagungsbeitrag und Mitgliederrabatte

Der Tagungsbeitrag beträgt für Mitglieder der BAG W 208 € (inkl. 20% Mitgliederrabatt), für Nicht-Mitglieder 260 €; ermäßigt 124 € (jeweils mit Nachweis bei der Anmeldung). Darin sind folgende Leistungen enthalten: Kaffee- und Imbisspausen, Tagungsgetränke, Dinner-Buffet am 02.03.2022, Lunch-Buffet am 03.03.2022 sowie die Tagungsdokumentation.

Bei ausschließlich digitaler Teilnahme beträgt der Beitrag für Mitglieder 84 €, für Nicht-Mitglieder 105 € und ermäßigt 42 € (jeweils mit Nachweis bei der Anmeldung). Darin enthalten ist der freie Zugang zur Tagungsplattform mit ihren Informationen und die digitale Teilnahme an der Präsenztagung, mit der Möglichkeit, sich direkt mit Bild und Ton in die Präsenzveranstaltung einzubringen sowie die Tagungsdokumentation. Wohnungslose Menschen erhalten Sonderkonditionen (bitte kontaktieren Sie uns).

Mehrfachteilnehmerabatt

Ein Träger, der mehr als zwei Personen gleichzeitig anmeldet, bekommt ab der dritten Anmeldung einen Rabatt von **10%** auf den Nicht-Mitgliederpreis. Für Mitglieder summiert sich somit der Gesamtrabatt ab der dritten Anmeldung jeweils auf **30%** des **Nicht-mitgliederpreises**.

Aus verwaltungsorganisatorischen Gründen kann nur bei tagesgleicher Anmeldung mehrerer Personen eines Trägers der Mehrfachteilnehmerabatt gewährt werden, für Nachmeldungen ist dies nicht möglich.



Bitte beachten Sie, dass z. B. bei einer Anmeldung von fünf Personen zwei Rechnungen mit dem Normalpreis und drei Rechnungen mit dem Rabatt-Preis ausgestellt werden. Eine Zuordnung des Rabatts zu bestimmten Personen ist dabei nicht möglich, sie erfolgt nur nominell. Bitte teilen Sie dies Ihrer Buchhaltung resp. Ihrem Rechnungswesen rechtzeitig mit. Ihre Anmeldung ist nur wirksam, wenn sie durch eine Rechnung, die Ihnen vor der Tagung zugestellt wird, definitiv bestätigt wurde. Bei Mehrfachanmeldungen werden alle Rechnungen als Anmeldebestätigung an eine Rechnungsadresse geschickt.

Rücktrittsbedingungen

Die Anmeldung ist verbindlich. Später als vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn (ab dem 02. Februar) werden 10 % des Tagungsbeitrags als Stornierungsgebühr fällig. Später als zehn Tage vor Veranstaltungsbeginn (ab dem 20. Februar) werden 30 % des Tagungsbeitrags als Stornierungsgebühr berechnet. Bei kurzfristigem Rücktritt, später als vier Tage vor Veranstaltungsbeginn (27. Februar), wird der gesamte Tagungsbeitrag berechnet. Stornierungen werden nur schriftlich akzeptiert. Eine Vertretung der angemeldeten Teilnehmenden ist selbstverständlich möglich.

Teilnahmebedingungen (coronabedingt)

Es gelten die zum Zeitpunkt der Veranstaltung gültigen Corona-Regelungen des Bundes und des Landes Berlin. Sollte es die Corona-Lage erfordern, wird ein entsprechendes Hygienekonzept umgesetzt. Für die Präsenzveranstaltung kann es pandemiebedingt zu Teilnahmebegrenzungen kommen. Die Anmeldungen werden daher in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Der Veranstalter kann bei zu hohen Anmeldezahlen die Anmeldung für die Präsenztagung vorzeitig schließen.

Datenschutzhinweis

Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der personenbezogenen Daten der Teilnehmenden erfolgt unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung, siehe www.bagw.de/de/rechtliches/datenschutz. Den Teilnehmenden wird zur Kenntnis gegeben, dass die zur Abwicklung der Veranstaltung erforderlichen persönlichen Daten auf elektronischen Datenträgern gespeichert werden. Für die Durchführung des digitalen Konferenzteils mit der Konferenzsoftware Zoom verweisen wir auf die Datenschutzhinweise des Dienstleisters EasyLivestream.de, siehe <https://easylivestream.de/datenschutzerklaerung/>.

Zimmerreservierung

Bitte nehmen Sie die Zimmerreservierungen in Berlin selbst vor. Für die Teilnehmenden sind in Hotels unterschiedlicher Kategorien und Preisklassen und mit guter ÖPNV-Anbindungen Zimmerkontingente reserviert. Es empfiehlt sich eine frühzeitige Zimmerreservierung. Die Hotels finden Sie auf der BAG W-Webseite (<https://www.bagw.de/de/veranstaltungen/bundestagungen/bundestagung-2022/uebersicht.html>) in der Hotelliste zum Download.



Anzuraten ist auch eine zügige Direktbuchung, oft zu ermäßigten Preisen, über die verschiedenen Internet-Hotelreservierungsservices (wie www.hrs.de oder www.hotel.de).

Informationen zur Organisation der Tagung

Sekretariat der BAG Wohnungslosenhilfe e. V.

Tel: (030) 2 84 45 37-0; E-Mail: info@bagw.de

Informationen zum Tagungsprogramm

Sabine Bösing, Tagungsleiterin

Tel. (030) 2 84 45 37-20 E-Mail: sabineboesing@bagw.de

Joachim Krauß, Tagungsleiter

Tel. (030) 2 84 45 37-21 E-Mail: joachimkrauss@bagw.de

TAGUNGsort/ANREISE

Tagungsort

Mercure Hotel MOA Berlin

Stephanstraße 41, **Zugang über Birkenstraße 17 und 19**
10559 Berlin

Tel.: (030) 39 40 43-0; Fax (030) 39 40 43-999

E-Mail: info@hotel-moa-berlin.de

Internetseite: www.hotel-moa-berlin.de

Anfahrtsinformationen

Anreise mit dem ÖPNV

Das Hotel MOA Berlin erreichen Sie am besten mit der U-Bahnlinie U9, Station „Birkenstraße“, ebenfalls mit der Buslinie M27, Haltestelle „Havelberger Straße“, sowie der Buslinie 123, Haltestelle „Stendaler Straße“. Von der Station „Westhafen“ der S-Bahn-Linien S41 und S42 (Ring) benötigen Sie zu Fuß ca 10 min. zum Tagungshotel.

Nähere Informationen unter BVG.de

Anreise mit dem Auto

Hierfür geben Sie bitte Birkenstr. 21, 10559 Berlin in Ihr Navigationsgerät ein, damit gelangen Sie direkt zum Parkhaus des Einkaufszentrums Moa Bogen. Ziehen Sie an der Einfahrt ein Parkticket und geben Sie dieses bitte dem Rezeptionsmitarbeiter. Dort wird das Ticket kodiert, damit Sie unbegrenzt ein- und ausfahren können. Der Parkplatz kostet pro Nacht 15,00 €.



Die BAG W

ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft der verantwortlichen und zuständigen Sozialorganisationen im privaten und öffentlichen Bereich sowie der privaten und öffentlich-rechtlichen Träger von sozialen Diensten und Einrichtungen für wohnungslose Personen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe wurde 1954 unter dem Namen Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe gegründet. Für die BAG W ist die Wohnungslosigkeit ein soziales Problem.

1991 änderte sie deshalb ihren Namen, um sich für alle sichtbar von dem alten Nichtsesshaftenbegriff abzusetzen. Dieser Begriff – 1938 geprägt – unterstellte den Betroffenen einen „hemmungslosen Wandertrieb“ – der Wohnungsverlust wurde also auf persönliche Defizite zurückgeführt. Längst ist das Problem der Wohnungslosigkeit in der gesellschaftlichen Mitte angekommen. Es ist als eines der größten sozialen Probleme in Deutschland anerkannt.

Unsere Ziele

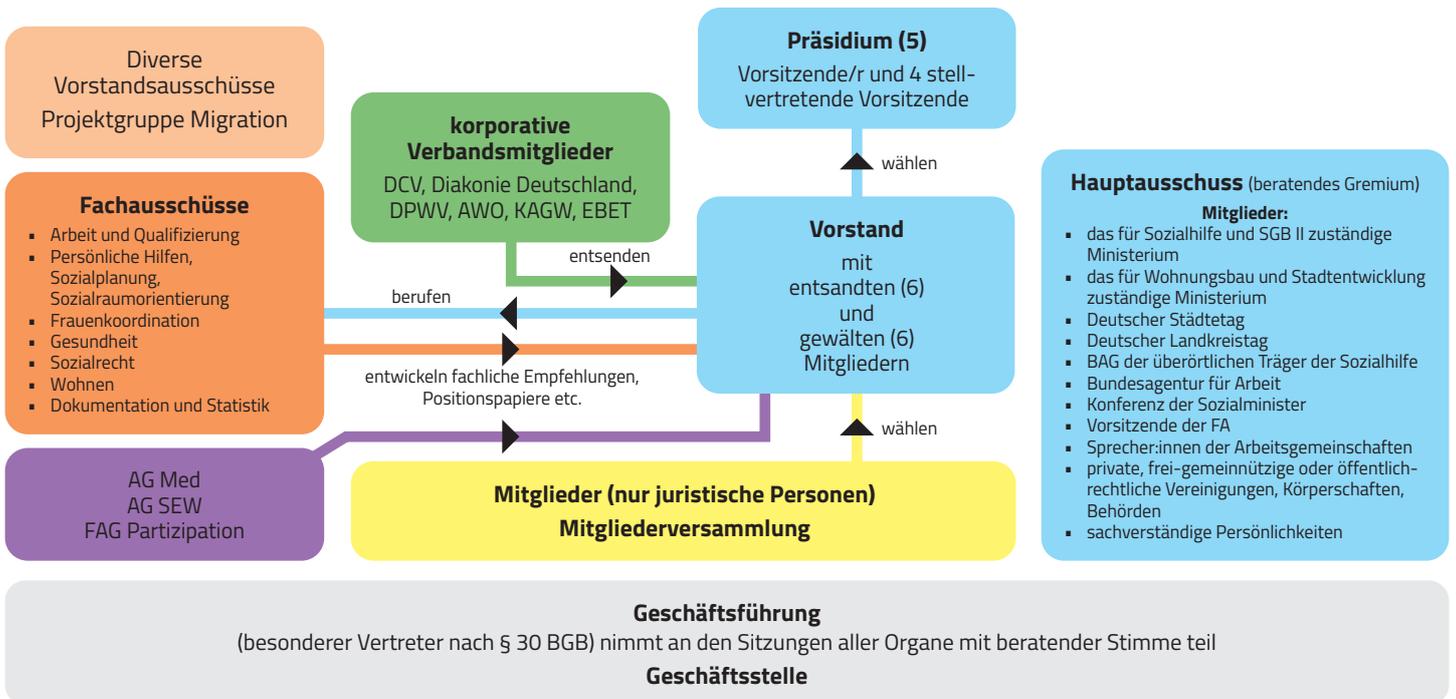
- wohnungslosen Menschen ein Leben ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Voraussetzung dafür ist die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen und Existenzsicherung;
- der sozialen Ausgrenzung der Betroffenen entgegenwirken;
- Politik und Öffentlichkeit über die soziale Lage der wohnungslosen Menschen und die notwendigen Hilfeangebote und präventiven Maßnahmen informieren;
- eine Beteiligung der Hilfesuchenden an den sie betreffenden Entscheidungen, deswegen unterstützen wir die Partizipation auf allen Ebenen des Hilfesystems und der politischen Arbeit;
- dass wohnungslose Menschen ihre Sozialleistungsansprüche durchsetzen können;
- bezahlbarer und baulich adäquater Wohnraum sowie Anbindung an kommunale Versorgungsstrukturen, speziell für Frauen und Familien;
- eine Teilhabe der wohnungslosen Menschen an bestehenden Arbeitsförderprogrammen von Bund, Ländern und Kommunen, um Wege in eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen;
- dass der Bestand an sozial gefördertem Wohnungsbau ausgeweitet und ein Anteil daran explizit wohnungslosen Menschen zur Verfügung gestellt wird;
- dass sich die Wohnungspolitik verstärkt auf die Bevölkerungsgruppen bezieht, die erheblichen Versorgungsproblemen auf dem Wohnungsmarkt ausgesetzt sind: Menschen mit niedrigem Einkommen, Einpersonenhaushalte, Alleinerziehende, Rentner:innen mit geringen Bezügen, Migrant:innen und Großfamilien;
- dass das Ausmaß von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit öffentlich dokumentiert wird, u. a. als Planungsgrundlage für die Wohnungspolitik, die bedarfsgerechte Entwicklung der Wohnungsnotfallhilfe und zur Information der Öffentlichkeit.



Unsere Aufgaben



Unsere Struktur



Wir sind auf Ihre Spende angewiesen. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-Bank, IBAN: DE77350601901567580020, BIC GENODED1DKD